

## Klage gegen Endlager

**Schacht »Konrad« wird Thema in Strasbourg: Bauer legt beim Europäischen Gerichtshof Beschwerde ein. Bewegung gegen Atomkraft ruft zu Demonstration im September auf**  
*Max Eckart*

Im Dauerstreit um das Atommüllendlager Schacht »Konrad« bei Salzgitter ziehen die Gegner der Anlage jetzt ins letzte juristische Gefecht. Der Landwirt Walter Traube habe am 25. Mai beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerde gegen die Bundesrepublik Deutschland als Antragsteller und künftigen Betreiber des Endlagers eingereicht, sagte Traubes Anwältin Wiltrud Rülle-Hengesbach am Montag vor der Presse. Weil er seine in Sichtweite von Schacht »Konrad« liegenden Felder bestellen mußte, war der Bauer bei der Vorstellung der Beschwerde selbst nicht anwesend.

Die vorausgegangenen Urteile deutscher Gerichte, die Traube ein Klagerecht gegen »Konrad« abgesprochen oder - im Fall des Bundesverfassungsgerichts - seine Beschwerde nicht angenommen hatten, könnten vom Menschenrechtsgerichtshof zwar nicht formell kassiert werden, erläuterte Rülle-Hengesbach. Möglich sei aber, daß das Strasbourger Gericht die »Rechtswidrigkeit« der »Konrad«-Genehmigung feststelle. Dann könne das gesamte Verfahren neu aufgerollt werden.

Voraussetzung für einen positiven Ausgang sei zunächst, daß die Richter die Beschwerde überhaupt zur Entscheidung annähmen. Bis zu einem Beschluß des Gerichts könnten dann bis zu sechs Jahre vergehen. »Das ist nicht der letzte Strohalm, sondern eine neue Runde«, betonte die Anwältin. »Die Sache ist offen.«

Die Einwendung ziele unter anderem auf ein Klagerecht ihres Mandanten gegen ein Endlager zum Schutz auch künftiger Generationen, sagte Rülle-Hengesbach. Die deutschen Verwaltungsgerichte hatten dieses Recht bestritten. Aus ihrer Sicht dürfen sich Nachbarn nicht gegen ein Endlager wehren, weil mögliche Schäden erst spätere Generationen betreffen.

In einem weiteren Punkt der Beschwerde macht Traube in Strasbourg sein Recht auf ein faires Verfahren geltend. Es soll auch aufgezeigt werden, daß es im »Konrad«-Verfahren keine Gewaltenteilung gegeben hat. In dem komplizierten Genehmigungsverfahren trat die Bundesregierung über das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) zunächst als Antragsteller auf den Plan. Als sich das damals SPD und Grüne regierte Niedersachsen als Genehmigungsbehörde quer stellte, wies der Bund das Land an, das Verfahren zu Ende zu führen. »Ich bin der Meinung, daß diese Weisung rechtswidrig war«, sagte Rülle-Hengesbach. »Die Bundesregierung hat sich ihr Endlager also selbst genehmigt«, äußert auch Christa Garms-Babke vom Rechtshilfefonds Schacht »Konrad«. Der Fonds hat in Salzgitter und Umgebung rund eine viertel Million Euro für den bisherigen Rechtsstreit gesammelt. Mindestens weitere 50000 Euro werden nun für das Verfahren in Strasbourg fällig.

Allein auf die Gerichte wollen sich die »Konrad«-Gegner in ihrem Widerstand gegen das Endlager indes auch künftig nicht verlassen. Peter Dickel von der Arbeitsgemeinschaft Schacht »Konrad« kündigte eine Großdemonstration in Salzgitter für den 29. September an. »Obwohl das ein Mittwoch ist, gehen wir davon aus, daß mindestens 10000 Leute kommen«, sagte er.

Die frühere Eisenerzgrube wird vom Bundesamt für Strahlenschutz derzeit zum nationalen Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle umgerüstet. Die Einlagerung des Atommülls soll ab 2014 oder 2015 beginnen. Nach neuen Berechnungen kostet der Bau des Endlagers etwa 1,6 Milliarden Euro. Der Genehmigungsbescheid gilt für bis zu 303000 Kubikmeter Müll. Sollte das nahe gelegene Atomlager Asse leer geräumt werden, käme als neue Lagerstätte für diese Abfälle nach Lage der Dinge nur Schacht »Konrad« in Betracht. Die Genehmigung müßte dann deutlich erweitert werden.